

GS-11 Selbst Aktiv Bezirk Hannover

Einführung eines Landespflegegeldes Emanzipation und Entbürokratisierung für in einem handlungsfähigen Sozialstaat.

Beschluss:

Der Bezirksparteitag der SPD möge beschließen: Die SPD bekennt sich zur

Einführung eines Landespflegegeldes und bestärkt die, von ihr maßgeblich getragene Landesregierung, nachdrücklich – bei entsprechenden gesetzlichen Vorhaben.

Dabei soll ein Landespflegegeld, als nicht anrechenbare Leistung entwickelt, ausgestaltet und eingeführt werden. Diese Leistung zugunsten der Bezugsberechtigten der Pflegeversicherung trägt den ohnedies steigenden Pflegekosten Rechnung und emanzipiert die betroffene Personengruppe vor zusätzlicher sozialer Stigmatisierung, durch das Ableiten in zusätzliche Hilfesysteme (z.B. im SGB XII). Das führt auch zu weniger Verwaltungsaufwand

Überweisen an

Antragsteller

Stellungnahme(n)

Der Antragsteller wird gebeten eine Präzisierung der Empfänger:innen des Landespflegegeldes vorzunehmen.